

Staatssekretär Dr. Loewenfeld-Ruß über den freien Wirtschaftsverkehr.

Eine Diskussion in der Politischen Gesellschaft.

Auf Anregung des Staatssekretärs für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Ruß fand in den Räumen der Politischen Gesellschaft ein vom „Bund für Wirtschaftsfreiheit“ veranstalteter Diskussionsabend über die freie Wirtschaft in der Lebensmittelversorgung statt, der neben den leitenden Persönlichkeiten des Volksernährungsamtes in Vertretung des Staatsamtes für Handel Hofrat Schwiedland, für das Staatsamt für Landwirtschaft Sektionschef Dr. Deutsch, ferner die Abgeordneten Friedmann, Dr. Simpl, Stöcker, Heini, Partik und Parrer beimohnten. Den Vorsitz führte Doktor Wilhelm Erner.

Der Vizepräsident des Bundes Julius Meinel leitete die Diskussion mit der Erklärung ein, daß der Bund nicht die Absicht habe, die Anhänger der staatlichen Bewirtschaftung zu bekämpfen, vielmehr wolle er sich mit ihnen ehrlich auseinandersetzen. Da die Zentralwirtschaft dazu geführt hat, daß sich nicht nur die einzelnen Provinzen, ja sogar die einzelnen Bezirkshauptmannschaften gegen einander abgesperrt haben, so wird die freie Wirtschaft die Grenzen öffnen und der geplagten Welt einen dauernden Frieden bringen.

Professor Dr. Sedlmayer von der Hochschule für Bodenkultur erbrachte hierauf an der Hand statistischer Daten den Nachweis, daß Deutschösterreich imstande wäre, seinen allerdringendsten Bedarf an Brotfrucht selbst zu decken, im Falle es gelingen würde, die landwirtschaftliche Produktion bis zur Höhe der normalen Friedensproduktion zu bringen. Dabei läge aber noch eine weitere Steigerung von 10 bis 20 Prozent im Bereiche der Möglichkeit. Wenn aber die Landwirtschaft, obwohl der Krieg längst zu Ende, noch immer im Rückgang begriffen sei, so liege die Hauptursache in dem herrschenden System der staatlichen Bewirtschaftung. Der Wiederaufbau könne nur so erfolgen, daß der Landwirtschaft ein Anreiz zu einer möglichst weitgehenden Steigerung der Produktion geboten wird. Man beseitige das gegenwärtige einseitige System, man gebe den Handel und Verkehr frei, und wir werden rascher als wir glauben die Friedensproduktion erreichen. Die Preise würden zwar zunächst über die Höchstpreise hinausschnellen, aber sie würden tief unter den Schleichhandelspreisen bleiben. Sollten aber die Bedenken gegen die Freigabe des Handels und der Produktion in den maßgebenden Kreisen noch nicht geschwunden sein, so müßte man wenigstens zu einem System der Getreideausfuhr übergehen, das produktionsfördernd wirkt, den Schleichhandel ausschaltet und einen Anreiz zur Ablieferung bietet. Professor Sedlmayer stellte schließlich auf Grund seines seinerzeit viel diskutierten Kontingenzsystems die Forderung auf: Der Lieferungsanspruch darf nur eine Menge betreffen, die leicht geleistet werden kann. Der Rest wird dem freien Handel überantwortet. (Beifall.)

Rektor Professor Dr. Winkler schilderte die katastrophalen Zustände in der Milchversorgung. Wir bekommen täglich 30.000 Liter, brauchen aber für Kinder und Schwerkranke 66.000 Liter, mit Berücksichtigung der Spitäler (ohne die Volkscasos) sogar 148.000 Liter. Oberösterreich könnte uns helfen, sperrt sich aber gegen uns ab. Die Regierung kann den Handel unter Kontrolle nehmen, aber sie muß ihn freigeben und die Höchstpreise für Milch abschaffen, dann wird sich die Anlieferung bessern.

Staatssekretär Dr. Loewenfeld-Ruß äußerte sich über die Grundsätze, von denen sich das Ernährungsamt leiten lasse, das ja keine Zentrale in dem viel angefeindeten Sinne sei. Oesterreich habe auch im Frieden seinen Getreidebedarf aus der Eigenproduktion nicht decken können. Im Kriege habe sich die Situation natürlich verschärft, als Gallzien okkupiert wurde und Ungarn seine Verpflichtungen nur von Fall zu Fall erfüllte. An dem Niedergange der Landwirtschaft sei nicht die Zwangswirtschaft schuld, sondern die Begleiterscheinungen des Krieges, der Mangel an Arbeitskräften, Maschinen, Dünger usw. Die Preispolitik sei ein etwas schwacher Punkt in der staatlichen Bewirtschaftung. Die sofortige Freigabe des Handels wäre aber ein Sprung ins Ungewisse, den die Regierung augenblicklich kaum wagen könne, wo hinsichtlich der ausländischen Zufuhren noch keine Sicherheit bestehe. Nichtsdestoweniger wollen wir an dem System der staatlichen Bewirtschaftung nicht mehr festhalten, weil wir selbst der Ansicht sind, daß es nicht produktionsfördernd wirkt. Wir beabsichtigen, das Kontingenzsystem einzuführen; der Entwurf ist schon fertig und wird in der nächsten Zeit der Nationalversammlung vorgelegt werden. Dadurch wird der Landwirtschaft eine leichtere Beweglichkeit ermöglicht und die Haupteinwände gegen die staat-

liche Bewirtschaftung werden wesentlich abgeschwächt werden. Wir werden weiter den Verkehr mit Rohfutter freigeben. Auch die staatliche Bewirtschaftung von Obst und Gemüse ist aufgegeben. Da die Länder und Bezirkshauptmannschaften aber nichts herauslassen, ist damit nicht viel erreicht. Beim freien Lebensmittelhandel mit dem Auslande liegt der Fall anders als beim Verkehr mit Rohstoffen und Industrieprodukten, dem die Staatssekretäre Dr. Schumpeter und Zerbik das Wort gesprochen haben. Sie müssen dafür sorgen, daß wir nicht mit Waren überschwemmt werden, an denen zwar viel verdient werden kann, die aber keine Erleichterung in der Lebensmittelversorgung bedeuten. Deshalb muß sich die Regierung die Disposition über alle Waren, die eingeführt werden, vorbehalten. Sie muß auch den Import in der Hand behalten, so lange die Rationierung aufrecht bleibt, da sonst an eine gerechte Verteilung nicht gedacht werden kann. Der Staatssekretär schloß seine beifällig aufgenommenen Ausführungen mit folgenden Worten: „Ich bin kein Gegner des Handels. Ich bin der Meinung, daß er überall herangezogen werden kann, wo es gilt, Ware zu beschaffen. Wir haben den Handel auch nicht ausgeschaltet, sondern seine Vertreter immer herangezogen, wo wir von seiner Intervention einen Erfolg erwarteten.“

Vorsitzender Dr. Erner stattete zum Schlusse dem Staatssekretär und den Referenten den Dank ab.

Massenprotestversammlung gegen die Zwangswirtschaft.

Am Dienstag den 20. d., 6 Uhr abends, findet im großen Konzerthausaale eine vom Bund für Wirtschaftsfreiheit veranstaltete Massenprotestversammlung gegen die Zwangswirtschaft und für die Wirtschaftsfreiheit statt. Das Wort werden die Abgeordneten Friedmann, Dr. Simpl, Heini und Stöcker, und hervorragende Vertreter der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels und der Gewerbe ergreifen. Die Staatssekretäre für Volksernährung, für Handel, Gewerbe und Industrie und für öffentliche Arbeiten wurden eingeladen, in der Versammlung zu erscheinen.